

Manager

Vorstände mit Vollkasko



Von Rüdiger Jungbluth / © DIE ZEIT, 13.12.2007 Nr. 51

Sie haben mit Fehlspekulationen eine komplette Bank verspielt. Aber die früheren Chefs der IKB fallen weich

Überwachte Prachtfassade: Firmenlogo an der Zentrale der Mittelstandsbank in Düsseldorf

© Juergen Schwarz/Getty Images

Kurt Beck und Ingrid Matthäus-Maier gehören derselben Partei an. Als Vorsitzender der SPD hat Kurt Beck gerade mächtig auf den Putz gehauen. »Wenn Manager selbst bei einer Riesenpleite noch mit Millionen-Abfindungen nach Hause geschickt werden, kann ich den Zorn der Leute verstehen«, sagte er in einem *Bild* - Interview.

Ingrid Matthäus-Maier hat gerade ganz praktisch mit so einer Riesenpleite zu tun – und auch mit Managern, die nach Hause geschickt wurden. Die frühere SPD-Politikerin ist seit Oktober 2006 Vorstandssprecherin der Staatsbank KfW, und diese ist wiederum Großaktionärin der IKB Deutsche Industriebank mit Sitz in Düsseldorf. Die IKB wäre Pleite gegangen, wenn sie nicht mit fünf Milliarden Euro Staatsgeld und einer weiteren Milliarde von anderen Banken gerettet worden wäre.

Die Verlustgeschäfte kosteten vier der fünf Vorstände des Instituts den Job. Bankchef Stefan Ortseifen räumte seinen Posten Ende Juli unmittelbar nach Bekanntwerden der Schieflage. Einige Tage später legte Finanzvorstand Volker Doberanzke sein Amt nieder. Im Oktober gingen die Vorstände Markus Guthoff und Frank Braunsfeld von Bord.

Bislang drang merkwürdigerweise nichts darüber in die Öffentlichkeit, wie die Verträge mit diesen Missmanagern beendet wurden. Eine erste Anfrage bei der IKB erbringt auch keinerlei Klarheit. Mit den Betroffenen sei »Vertraulichkeit vereinbart worden«, teilt das Institut lapidar mit. Ob Abfindungen gezahlt wurden, ob Übergangsgelder fließen, ob Bonifikationen vergangener Jahre zurückgefordert wurden – zu keiner dieser Fragen mag sich das Institut äußern. In Düsseldorf gilt das Gesetz der Omertà.

Es geht um viel Geld. Ortseifens Vertrag war erst kurz vor der Beinahepleite verlängert worden und hatte eine Laufzeit bis Oktober 2012. Im vergangenen Geschäftsjahr, das im März 2007 endete, hatte der Banker neben einem Festgehalt von 504.000 Euro eine variable, erfolgsabhängige Vergütung von einer Million Euro erhalten. Hohe Erfolgsprämien von jeweils 750.000 Euro kassierten zusätzlich zu ihrem Festgehalt auch die Vorstände Doberanzke und Guthoff. Letzterer hatte ebenfalls kurz vor der Beinahepleite einen neuen Fünfjahresvertrag bekommen.

Die Banker können sich außerdem auf hohe Pensionen freuen. Ortseifen hat die Zusage über ein lebenslanges Ruhegeld von 378.000 Euro im Jahr – das sind rund 100.000 Euro mehr, als die Bundeskanzlerin im Amt verdient.

Ihre Pension steht den Bankern erst ab dem 63. Lebensjahr zu, bei vorzeitigem Ausscheiden haben sie aber laut Geschäftsbericht einen Anspruch auf ein Übergangsgeld. Nach den bankinternen Regeln soll es aber nur dann gezahlt werden, wenn die Vertragsbeendigung nicht auf ein persönliches Verschulden des jeweiligen Managers zurückgeht. Wie hält es die IKB nun mit dieser Regelung? Kein Kommentar.

Es ist schon absurd: In Berlin debattiert eine Große Koalition über maßlose Manager, die viel verdienen, aber wenig leisten. Aber ausgerechnet bei der Bank, deren mittelbarer Großaktionär der deutsche Staat ist und deren Manager eine der größten Fehlspekulationen der deutschen Wirtschaftsgeschichte hingelegt haben, soll die Frage nach Vorstandsverträgen und Abfindungen unbeantwortet bleiben.

Anfrage bei KfW-Chefin Ingrid Matthäus-Maier: Was weiß die Staatsbank über die Modalitäten der Vertragsbeendigungen bei ihrer Stieftochter IKB? Und welcher Linie folgt die KfW in dieser Frage? Die Antwort kommt prompt. Es handele sich zwar um »Angelegenheiten des Aufsichtsrats der IKB«, sie halte es aber »für dringend erforderlich«, dass die IKB nicht länger verheimliche, wie sie mit den Exvorständen verfahren sei, schreibt Matthäus-Maier. Sie bittet den IKB-Aufsichtsratsvorsitzenden und früheren E.on-Chef Ulrich Hartmann, »zum Thema Abfindungen für die ehemaligen Vorstandsmitglieder der IKB – soweit das rechtlich möglich ist – Klarheit für die Öffentlichkeit« zu schaffen.

Und endlich fällt das Bankgeheimnis. Alle vier Vorstandsverträge seien ohne Abfindung beendet, wird nun mitgeteilt. Trotz der gewaltigen Verluste und verletzter Informationspflichten hat es aber auch keine fristlosen Kündigungen gegeben. Vielmehr erhalten Ortseifen und seine geschassten Kollegen noch bis Ende des Jahres ihre Vorstandsgehälter. Die Bonifikationen des vergangenen Geschäftsjahres dürfen sie behalten. Ein Rechtsgutachten habe ergeben, dass es keine Möglichkeit gebe, das Geld zurückzufordern, heißt es in Kreisen des Aufsichtsrats. Übergangsgeld werde zwar nicht gezahlt, aber ihre Pensionsansprüche dürfen die Banker ebenfalls behalten.

Finanziell gesehen, müssen sich die gefallenen IKB-Manager also keine großen Sorgen machen. Das liegt auch daran, dass sie durch eine spezielle Managerhaftpflichtversicherung vor Schadensersatzansprüchen gut geschützt sind. Die Prämien für diese Versicherung zahlt das Unternehmen. Den Managern kann wenig passieren – selbst dann nicht, wenn sie ihre Pflichten verletzt haben, wofür es im Fall der IKB Indizien gibt.

Bei der IKB hatten sich die Topleute sogar besonders gut abgesichert. Nach den Empfehlungen der Regierungskommission für gute Unternehmensführung (Corporate Governance) soll bei solchen Versicherungen immer ein angemessener Selbstbehalt vereinbart werden. Vorstände und Aufsichtsräte müssen dann wenigstens für einen Teil der von ihnen angerichteten Schäden persönlich aufkommen. Bei der IKB gilt das nicht. Hier entschieden sich die Verantwortlichen für eine Versicherung ohne jede Eigenbeteiligung. Die ist zwar teurer, sichert aber auch in schwierigen Zeiten einen guten Nachtschlaf.

Ihren Vollkaskoschutz rechtfertigte die Bankspitze im Geschäftsbericht so: »Wir sind unverändert der Auffassung, dass die Vereinbarung eines Selbsthalts nicht geeignet ist, die Motivation und das Verantwortungsbewusstsein zu verbessern, mit denen die Organmitglieder der IKB ihre Aufgaben und Funktion wahrnehmen.« Es ist der letzte Satz im gemeinsamen Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zur Corporate Governance. Unterschrieben haben ihn Ulrich Hartmann und Stefan Ortseifen am 27. Juni 2007. Nur einen Monat später stand die Bank wegen verantwortungsloser Spekulationen vor dem Aus.